

Antrag Nr. 17

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. Mai 2022

PENDLER:INNEN AM WEG ZUR KLIMAVERTRÄGLICHEN MOBILITÄT UNTERSTÜTZEN

In Summe überqueren 200.000 AK Mitglieder auf ihrem Arbeitsweg die Wiener Stadtgrenze. In die jetzt neu dazugekommenen Parkpickerlbezirke pendeln davon rund 60.000 (viele mit dem Auto) und rund 112.000 AK-Mitglieder aus anderen Wiener Bezirken. In Wien fährt die Mehrheit öffentlich, in den jetzt betroffenen Außenbezirken wird allerdings mehr Auto gefahren. Die aus Klima- und verkehrspolitischen Gründen im März Wien weit eingeführte Parkraumbewirtschaftung entspricht dabei auch den Zielsetzungen des Mobilitätsmasterplans 2030 des Bundes. Die AK Wien hat die Ausweitung unter der Voraussetzung der Berücksichtigung von Arbeitnehmer:inneninteressen und der gleichzeitigen Einführung von ÖV-Begleitmaßnahmen unterstützt. Hier gibt es allerdings Nachholbedarf. Die persönliche Betroffenheit ist hoch, wenn durch den Umstieg auf die Öffis Arbeitswege deutlich verlängert wird bzw Mehrkosten für einen nunmehr nötigen Garagenplatz fällig werden. Arbeitswege müssen jedoch leistbar, bequem und klimafreundlich für alle möglich sein. Die AK hat sich immer für Ausnahmeregelungen eingesetzt, das Beschäftigtenpickerl für Arbeitnehmer:innen mit sehr frühen Dienstbeginn bzw -ende (etwa im Schichtdienst) außerhalb der Öffi-Zeiten gibt es weiterhin. Klar ist, Härtefälle müssen vermieden werden. Es braucht seitens des Bundes und der Unternehmen mehr Unterstützung für Arbeitnehmer:innen am Weg zur klimaverträglichen Mobilität bzw wenn diese zwingend auf das Auto für ihren Arbeitsweg angewiesen sind.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher:

- Auch der Bund muss gemäß Regierungsprogramm den Öffentlichen Verkehr-Ausbau weiter voranbringen. Die gewünschte Verlagerung des Pendelverkehrs auf den öffentlichen Verkehr erfordert massive Investitionen, Attraktivierungen und Verbesserungen im stadtgrenzenüberschreitenden und im öffentlichen Verkehr in den Außenbezirken.
- Um den Umstieg auf Öffis zu erleichtern, braucht es weitere P&R Anlagen/Parkmöglichkeiten, hier sind insbesondere das Land NÖ und der Bund gefordert.
- Das Land NÖ muss seine Hausaufgaben in Sachen Raumordnung machen. Siedlungsentwicklung muss Hand in Hand mit ÖV-Achsen gehen. Weitere Zersiedlung ist hintanzuhalten.
- Attraktivere Angebote der Gemeinden für die „erste und letzte Meile“ zum nächstgelegenen Bahnhof.
- Unternehmen dürfen ihre Beschäftigten nicht allein lassen. Es braucht ein verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement ab 50 Beschäftigten: Flexiblere Arbeitszeiten oder Anpassung an Öffi-Fahrpläne, auch Homeofficemöglichkeiten können hilfreich sein, Unterstützung durch Jobtickets, Förderung von Fahrgemeinschaften, Einführung von Schichtbussen oder Shuttelbussen zur nächsten U-, S-Bahnstation oder P&R-Anlage, Vergabe von unternehmenseigenen Parkplätzen nach tatsächlicher Notwendigkeit; für Schichtarbeiter:innen tragen die Betriebe eine besondere Verantwortung. Wo möglich sollten die Betriebe Parkplätze zur Verfügung stellen.
- Es gibt viel ungenutzte Garagenplätze in der Stadt: Unternehmen können mit Zuschüssen für Garagenplätze in der Nähe des Arbeitsplatzes jenen helfen, die zwingend auf das Auto für ihren Arbeitsweg angewiesen sind.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

- Der Bund muss weitere Anreize für Nutzung des öffentlichen Verkehrs und Fahrgemeinschaften auf hochrangigen Straßen setzen. International ist das längst üblich: Fahrstreifen auf hochrangigen Straßen sind in den Hauptverkehrszeiten Öffis und Autos mit mehreren Insassen vorbehalten.
- Umsetzung von Öffi-Projekten mit längeren Vorlaufzeiten nicht aus den Augen verlieren und beschleunigen: Taktverdichtung S 80 nach Modernisierung der Verbindungsbahn, viergleisiger Ausbau Südbahn, viergleisiger Ausbau der Ostbahnbrücke.
- Für den öffentlichen Busverkehr in Städten und in den Verbänden braucht es eine CO₂-Preis-Kompensation nach den Vorbildern der Landwirtschaft und Industrie, um die Anschaffung klimafreundlicher Fahrzeuge zu unterstützen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich